

ORIGINAL SOZIAL für Magdeburg

Kommunalwahlprogramm

DIE LINKE.
Stadtverband Magdeburg

Liebe Magdeburgerinnen und liebe Magdeburger

Magdeburg ist eine Stadt mit großen Potenzialen aber auch vielen ungelösten Problemen. Als Landeshauptstadt in Sachsen-Anhalt, als Universitätsstadt, als Stadt bedeutender wirtschaftlicher Traditionen, als Stadt am Schnittpunkt wichtiger Verkehrswege ist sie nicht nur dauerhafte oder zeitweilige Heimat für viele Menschen, ob jung ob alt, sie ist auch eine Stadt mitten in Europa. Alles, was in Europa passiert, was in Brüssel oder Berlin beschlossen wird, hat – ebenso wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise - auch Auswirkungen auf die Entwicklungsbedingungen und das Leben in unserer Stadt.

Magdeburg hat einen Namen in der Welt durch Leistungen der Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, durch die Entwicklung des modernen Maschinenbaus, durch Kultur und Kunst, die über die Region hinausstrahlen. Es ist aber auch eine Stadt mit einer hohen Arbeitslosigkeit und vielen sozialen Problemen. Dass 37 % der Kinder in Magdeburg in Armut leben und auf Sozialleistungen angewiesen sind, macht das Ausmaß sozialer Probleme vor allem von Familien deutlich.

Die „Reformen“ der Bundesregierungen auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Sozial- und Rentenpolitik haben das Vertrauen in eine bürgernahe, an den Lebensinteressen der Menschen orientierten Politik geschwächt. Sie haben – trotz monatelanger Verkündungen über positive Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt – nicht zu mehr sozialer Sicherheit geführt. Vielmehr bestimmen Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohn und geringfügige Beschäftigung weiter das Leben und das Einkommen vieler Menschen und vieler Familien. Das Vertrauen in die Politik ist weiter geschwunden. Die großen Koalitionen in Bund und Land haben diesem Kurs der Umverteilung von unten nach oben bislang nichts Wirksames entgegen zu setzen. Die Situation der öffentlichen Haushalte wird immer prekärer und viele Kommunen können den bisher gebotenen Standard für die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr halten. Soziale Gerechtigkeit ist zum Schlagwort geworden, mit dem Sozialabbau als Reform verkauft wird. DIE LINKE will sich damit nicht abfinden. Wir wollen dagegen angehen mit allen Möglichkeiten, die wir haben.

DIE LINKE hat sich im Stadtrat in den vergangenen Jahren stets für die Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt und für die sozialen Belange ihrer Einwohnerinnen und Einwohner eingesetzt. Und das durchaus mit Erfolg. DIE LINKE will auch künftig helfen, die Lebensbedingungen für Menschen in dieser Stadt zu verbessern. Sie will sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass die Potenziale der Stadt entwickelt werden und das Engagement von Menschen Beachtung findet. Soziale Not muss gelindert und schrittweise beseitigt werden. Magdeburg muss sich als lebenswerte Stadt präsentieren, sozial gerecht, wirtschaftlich attraktiv und kulturvoll.

Wir verkennen nicht die Brisanz der Lage, insbesondere bei leeren kommunalen Kassen und hoher Verschuldung. Dies ist für uns aber keine Entschuldigung für den Aufschub dringender Aufgaben. Wir wollen Auswege aufzeigen und auch gehen und zum Mittun einladen. Wir wollen unsere Ziele gemeinsam mit Gewerkschaften, den zahlreichen Interessenverbänden, Vereinen, Initiativen entwickeln, sie im Stadtrat zu Gehör bringen und um Mehrheiten für ihre Umsetzung werben. Wir wollen das mit den Mitteln der Stadt Mögliche in Angriff nehmen und von Land und Bund bessere Bedingungen für kommunale Politik hörbar einfordern.

Dafür treten zu den Kommunalwahlen in den Wahlbereichen Mitglieder unserer Partei und Menschen, die mit ihr sympathisieren, mit Ideenreichtum und Engagement an. Sie haben ein offenes Ohr für alle Sorgen und Nöte. Sie nehmen gern Vorschläge zur Veränderung auf, prüfen sie und streiten, so möglich, für ihre Umsetzung. Die Fraktion DIE LINKE im Magdeburger Stadtrat wird für alle Einwohnerinnen und Einwohner ansprechbar sein.

**Dafür brauchen wir ihre Stimmen. Am besten alle drei!
Bitte wählen Sie am 7. Juni 2009 DIE LINKE für eine starke LINKE Fraktion im
Magdeburger Stadtrat!**

I. Für eine soziale und familienfreundliche Stadt Magdeburg

1. Wir sprechen uns für kommunale Sozialziele aus.

Die kommunalpolitischen Entscheidungen von Stadtrat und Verwaltung sollen sichern, dass alle Menschen, die in unserer Stadt wohnen, ein Leben in Selbstbestimmung und Würde führen können. Sie sollen die gleichen Chancen haben, ihr Leben zu gestalten, sie sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, gleich ob jung oder alt, gleich ob Mann oder Frau, ob mit Behinderung oder ohne: Sie sollen gleich behandelt werden, keine Diskriminierung erfahren müssen, dafür aber gesellschaftliche Anerkennung.

- Wir wollen, dass junge Menschen in Magdeburg gute Bildung, Ausbildung und Arbeit erhalten können.
- Wir wollen dass alle Einwohnerinnen und Einwohner Magdeburgs im erwerbsfähigen Alter ihren Lebensunterhalt durch existenzsichernde Arbeit verdienen können. Wir wollen alle kommunalen Entscheidungsspielräume nutzen, dass existenzsichernde Arbeit spürbar gefördert wird – 8 Euro Mindestlohn ist das Mindeste!
- Familien sollen sich ohne Angst vor Armut für Kinder entscheiden können. Armut, besonders bei Kindern, darf nicht zugelassen werden. Väter und Mütter, die allein Kinder großziehen, sollen die nötige Unterstützung erfahren.
- Wir wollen, dass ein menschenwürdiges, barrierefreies, bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnen in Magdeburg dauerhaft gesichert wird. Es sollen, auch wenn Familien auf Sozialleistungen angewiesen sind, keine Zwangsumzüge stattfinden müssen.
- Seniorinnen und Senioren sollen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen und in Würde leben können.
- Grundsätze einer gesunden Lebensweise müssen die kommunalpolitischen Entscheidungen prägen.

Diese Sozialziele müssen auch im kommunalen Haushalt der Stadt untersetzt werden. Wir wollen, dass die Erfüllung dieser Aufgaben auf der Grundlage von Anhörungen der Betroffenen regelmäßig im Rahmen eines Sozialberichtes erfasst und veröffentlicht wird. Darauf aufbauend soll eine qualifizierte Sozialplanung erstellt werden. Jede kommunalpolitische Entscheidung muss dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit Stand halten, also vor allem, ob und wie für Benachteiligte in dieser Gesellschaft Chancengleichheit und ein Standard an sozialer Sicherheit erreicht wird.

Darum sollen alle kommunalen Entscheidungen einer Sozialprüfung unterzogen werden, insbesondere unter den Aspekten der Kinder- und Familienfreundlichkeit sowie auf Behindertenfreundlichkeit. Die Beauftragten der Stadt für Kinder, für Ausländerinnen und Ausländer, für Seniorinnen und Senioren, für Menschen mit Behinderungen und für Gleichstellung werden von uns unterstützt.

Die Unternehmen der Stadt sind gefragt, noch stärker ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen. Mit den ortsansässigen Unternehmen sollen Gespräche zur Übernahme konkreter sozialer Verantwortung in der Kommune geführt und eventuell Vereinbarungen getroffen werden. Zum Beispiel sollten sich Unternehmen der Stadt sowie Selbständige und Gewerbetreibende entsprechend ihrer wirtschaftlichen Lage und Leistungsfähigkeit an den Leistungen für den Magdeburg-Pass beteiligen und entsprechende Vergünstigungen für die Inhaber gewähren. Dabei unterstützen wir auch das Bündnis für Familie bei seinen Bemühungen.

2. Menschen in sozialen Notlagen muss geholfen werden. Vor allem Arbeit ist wichtig.

Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, sollen nicht gedemütigt werden. Darum werden wir uns mit Tendenzen von Diskriminierungen und Bürokratie in der Anwendung des SGB II aktiv auseinandersetzen und kommunale Entscheidungsspielräume im Interesse der Betroffenen bei der Umsetzung von Hartz IV nutzen. Die Arbeit der ARGE soll begleitet und kritisch geprüft werden, damit mehr Arbeitslose und sozial benachteiligte Menschen ohne diskriminierende Bedingungen existenzsichernde und dauerhafte Arbeit, nach Möglichkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt, erhalten können. Dafür müssen alle Instrumente der Wirtschaftsförderung auf die Ansiedelung von Unternehmen gerichtet werden, die zusätzliche Arbeitsplätze anbieten. Darüber hinaus sollen Formen öffentlich geförderter Beschäftigung weiter entwickelt und über die städtischen Gesellschaften AQB und GISE befördert werden. Beide Gesellschaften müssen mit ihrem Profil erhalten und weiterentwickelt werden.

Für Menschen mit Behinderungen und Rehabilitationsbedarf soll innerhalb der ARGE ein eigener Betreuungs- und Beratungsbereich sowie ein eigenständiges Team im Rahmen der Umsetzung des SGB II gebildet werden, um bessere Möglichkeiten zu schaffen, sie in Beschäftigung zu bringen.

Der Magdeburg-Pass soll erweitert und in einer neuen Qualität als Ausweis für sozial Bedürftige ausgereicht werden. Das gilt auch und besonders für Zeiten einer Haushaltssperre.

DIE LINKE setzt sich im Stadtrat dafür ein, dass alle Jugendlichen im Alter bis zu 25 Jahren ihre Rechtsansprüche auf einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder eine Beschäftigungsmaßnahme in Anspruch nehmen können. Sie brauchen dafür oftmals besondere Unterstützung. Die Stadt darf dabei nicht nur Beobachterin sein, sondern muss selbst tätig werden.

3. Gesundheitspolitik ist Daseinsvorsorge.

DIE LINKE will die „Integrierte Gesundheits- und Sozialplanung“ fortschreiben und setzt sich dafür ein, sie zu einem wirklich bürgernahen Instrument aktiver Kommunalpolitik zu machen. Wir engagieren uns dafür, dass die Gesundheitsziele des Landes in Magdeburg umgesetzt werden. Dazu gehören Ziele wie die Verbesserung der Zahngesundheit, die Senkung der Raucherzahl und der

Erkrankungen durch Alkoholmissbrauch, aber auch die Entwicklung eines gesunden Bewegungs- und Ernährungsverhaltens. Dafür müssen Prävention, Beratung und Betreuungsangebote verbessert werden. Die Arbeit von kommunalen und regionalen Gesundheitsdienstleistern muss besser vernetzt werden. Die bestehenden guten Kooperationsbeziehungen zwischen dem Klinikum Magdeburg und dem Universitätsklinikum sollen weiter verbessert und ausgebaut werden. Das städtische Klinikum muss als stadtrgetragenenes Krankenhaus zielgerichtet konsolidiert und als überregional wirkendes Krankenhaus weiter ausgebaut werden. Eine „echte“ Privatisierung lehnen wir ab.

Wir wollen die Bedingungen für die Ansiedelung von Fachärzten verbessern, um die Versorgungsstruktur bei bestimmten Facharztgruppen zu erweitern und Wartezeiten zu verkürzen. Den Ausbau von integrierten medizinischen Versorgungszentren, Ärztehäusern, Polikliniken halten wir für sinnvoll. Patientinnen und Patienten sowie chronisch Kranke sollen ihre Interessen und Rechte besser wahrnehmen können. Darum sollen die entsprechenden Organisationen auf Bundes- und Landesebene beteiligt werden.

4. Menschen mit Behinderungen nicht behindern.

Bei allen Bauvorhaben in der Stadt soll darauf geachtet werden, dass bauliche, kommunikative und räumliche Barrierefreiheit geschaffen oder erhalten wird.

Wir unterstützen die Aktion „Daheim statt Heim“. Menschen mit schweren Behinderungen sollen, solange es geht, ambulant betreut werden. Dafür soll das persönliche Budget als neue Leistungsform für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen in Magdeburg breiter und öffentlichkeitswirksamer durch die Stadt angeboten werden.

5. Magdeburg muss eine Stadt mit Perspektiven für junge Menschen werden.

Die Zukunft gehört der Jugend. Darum gehören Lebensfragen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und Familien für uns auf Platz Eins der Agenda. Dazu gehören Fragen eines ausgewogenen und qualitätsvollen Bildungsangebotes von den Kindertagesstätten über Grund-, Sekundarschulen und Gymnasien bis zu Angeboten der Berufsausbildung und der Hochschulentwicklung ebenso wie die Sicherung von Jugendfreizeitangeboten und, wo nötig, eine qualifizierte soziale Betreuung und Beratung.

- Für eine bessere Kinderbetreuung

Kinder lernen den ganzen Tag. Wir wollen, dass jedes Kind einen Ganztagsplatz in Krippe und Kindergarten erhalten kann, unabhängig davon, ob seine Eltern Arbeit haben oder nicht. Darum fordern wir vom Land eine entsprechende Gesetzesveränderung und eine ausreichende finanzielle Unterstützung.

Eine qualifizierte Kinderbetreuung ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge im Interesse der Chancengleichheit und besserer Bildungserfolge für alle Kinder. Familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu. Bei der Suche nach einem Betreuungsplatz müssen Eltern mehr Unterstützung und Beratung durch die Verwaltung erhalten. Auch hier muss die abwartende Haltung der Verwaltung aufgegeben werden.

Die Stadt soll sich für den Bestand aller Einrichtungen und ihre weitere Sanierung stark machen. Sie soll mit den Trägern im Interesse der Qualifizierung der pädagogischen Angebote zusammenarbeiten und ihrer Pflicht als Träger der Jugendhilfe durch eine verlässliche Qualitätskontrolle besser gerecht werden. Dazu gehören die pädagogische Betreuungsqualität, die Einhaltung der gesetzlichen Mindeststandards, die sachgerechte Verwendung der öffentlichen Mittel, aber auch die Arbeitsbedingungen der in den Einrichtungen Beschäftigten.

Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass jedes Kind in der Einrichtung kostenfrei ein warmes Mittagessen erhalten kann. Dabei müssen sich Bund und Land an der Finanzierung beteiligen. Als erster Schritt sollen Eltern mit dem Magdeburg-Pass von den Kosten entlastet werden.

Die Stadt soll ihre Aufgabe als Träger der Jugendhilfe auch dadurch wahrnehmen, dass sie selbst Kindertagesstätten betreibt. Darum sollen Einrichtungen, die freie Träger aufgeben oder unwirtschaftlich betreiben, rekommunalisiert werden. Die Übergabe von Einrichtungen an privat gewerbliche Träger werden wir nicht unterstützen.

- Für attraktive Plätze für Kinder und Jugendliche

DIE LINKE setzt sich im Stadtrat für den Ausbau des Netzes an Kinderspielplätzen und Jugendtreffpunkten ein. Sie sollen sauber und sicher sein und altersspezifisch gestaltet werden. Die derzeit bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen – einschließlich der Kinder- und Jugend-Freizeiteinrichtung Werder – sollen erhalten werden. In jedem Stadtteil sollen entsprechende Angebote vorgehalten werden können. Initiativen zu eigenverantwortlicher Jugendarbeit und mobiler Jugendarbeit sollen unterstützt und aktiv begleitet werden. Der Jugendhilfeplan muss mit Blick auf die demografischen Veränderungen in der Bevölkerung regelmäßig fortgeschrieben werden. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sollen ihre sozialpädagogischen Programme besser an sozialräumlichen Notwendigkeiten ausrichten.

- Für bessere Bildung in Schule und Ausbildung

DIE LINKE tritt für eine Gemeinschaftsschule ein, in der alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen. Dafür fehlen derzeit die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen. Als kommunaler Schulträger hat die Stadt die Verantwortung für ein ausgewogenes Schulnetz. Dieser Verantwortung werden wir auch in den nächsten Jahren eine hohe Priorität einräumen. Die Grundschule muss in Wohnortnähe bleiben. DIE LINKE unterstützt alle Initiativen, die dazu angetan sind, das inhaltliche Profil und die Schulqualität zu stärken. Darum freuen wir uns, dass der Stadtelternrat unsere Idee der Schulmesse aufgegriffen hat. Sie soll zur Tradition werden. Im Interesse der freien Schulwahl, wie sie bei Gymnasien und Gesamtschulen längst üblich ist, plädiert DIE LINKE perspektivisch für die Öffnung der Schulbezirke bei Sekundarschulen, wenn der Vorrang des kürzeren Schulweges gesichert ist und die Schülerbeförderung zu gleichen Konditionen wie bei Gymnasien erfolgt. Wir setzen uns für die schulübergreifende Nutzung von Bildungsangeboten im Wahl- und Wahlpflichtbereich ein. Um dies zu unterstützen, soll die Stadt breitere Entscheidungsmöglichkeiten über den Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen erhalten. Sie kann dann auch besser auf drohenden Stundenausfall reagieren.

DIE LINKE setzt sich auch weiter dafür ein, dass sich die Rahmenbedingungen für den gleichen Zugang zu Bildung für alle Kinder der Stadt verbessern. Dazu gehört

die Erweiterung des Rechts auf kostenfreie Schülerbeförderung auf die Sekundarstufe II und eine Veränderung der Schülerbeförderungssatzung dahingehend, dass die kostenfreie Beförderung auch die Teilnahme an außerunterrichtlichen und außerschulischen Bildungsangeboten umfasst.

In allen Grundschulen und Horten der Stadt sollen die Möglichkeiten für ein kostenfreies warmes Mittagessen geschaffen werden. Dafür müssen auch in Bund und Land entsprechende finanzielle Regelungen getroffen werden. Solange die finanziellen Mittel für eine generelle Kostenfreiheit nicht gegeben sind, sollen wenigstens Inhaberinnen und Inhaber des Magdeburg-Passes eine Entlastung von den Kosten für ein warmes Mittagessen in Schule und Kindereinrichtung erhalten. In der Sekundarstufe I und II soll ein von der Stadt gestütztes Mittagessen zu einem einheitlichen sozial verträglichen Preis angeboten werden. Die Stadt Magdeburg soll sich als Schulträger am EU-Programm zur Versorgung mit Schulmilch beteiligen.

Wir wollen die Integration von Kindern mit Behinderungen voranbringen. Darum soll die Arbeit der Förderzentren durch die Bereitstellung des notwendigen Materials unterstützt werden.

Die Schulsozialarbeit an Magdeburger Schulen soll ausgebaut werden. Ziel ist es, dass für jede Schule ein Schulsozialarbeiter oder eine Schulsozialarbeiterin zur Verfügung steht.

Wir setzen uns dafür ein, dass die an den Berufsschulen vorhandenen Ressourcen für berufliche Bildung auch für die Profilierung polytechnischer Bildung in den allgemeinbildenden Schulen genutzt werden können. Die Stadt soll die Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen der Stadt im Interesse einer besseren Berufsvorbereitung unterstützen und Unternehmen motivieren, verstärkt auszubilden. Die Stadt soll auch selbst verstärkt ausbilden. Wir regen an, ein Ausbildungssiegel auszuloben, das alle zwei Jahre vergeben wird.

Die Stadt ist als Schulträger zuständig für den baulichen Zustand der Schulen und deren Ausstattung mit Lehrmitteln. Hier gibt es einen dringenden Nachholbedarf, der nicht in kurzer Zeit abgearbeitet werden kann. Wir setzen uns dafür ein, alle Mittel aus Bundes- und Europaprogrammen zu nutzen, um so viele Schulen wie möglich mit öffentlichen Mitteln sanieren zu können. Sanierungsvorhaben auf der Grundlage der risikobehafteten PPP-Programme wird DIE LINKE kritisch begleiten. Einem Verkauf von Schulgebäuden, die für das Bildungsangebot benötigt werden, werden wir nicht zustimmen. Im Zuge der Sanierung von Schulen soll die Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln unter Nutzung vorhandener Ressourcen auf den möglichst modernsten Stand gebracht werden. Die Sauberkeit in den Schulen muss verbessert werden. Dazu müssen die Verträge mit den Reinigungsfirmen verändert und die Kontrollen der Reinigungsleistungen intensiviert werden.

- Magdeburg – Universitätsstadt im Herzen Europas

Magdeburg soll als Hochschulstandort attraktiver gemacht werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Studentinnen und Studenten, junge Akademikerinnen und Akademiker in Magdeburg gute Bedingungen vorfinden. Es sollte den Studierenden ermöglicht werden, nach dem Studium zu bleiben und sich hier eine berufliche Existenz aufzubauen. Es wird die Attraktivität des Hochschulstandortes Magdeburg erhöhen, wenn Studierende und Lehrende nicht nur gute Studien- und Arbeitsbedingungen vorfinden, sondern auch ein breites soziokulturelles Angebot, eine Vielzahl von Freizeiteinrichtungen und Veranstaltungen sowie bezahlbaren Wohnraum.

Die Landeshauptstadt Magdeburg soll die Hochschulen in ihrem Kampf gegen strukturelle Änderungen an Universität und Fachhochschule, wie die Schließung von Fachbereichen oder die Abwicklung von Studiengängen, unterstützen. Ferner muss die Stadt eng mit den Wissenschaftseinrichtungen zusammenarbeiten. Die bestehende Kooperationsvereinbarung muss durch die Partner inhaltlich ausgestaltet werden.

Studierende haben in den letzten Jahren viele soziale und auch kulturelle Projekte initiiert und aufgebaut. Diese Projekte sind für die Stadt Magdeburg von großer Bedeutung und bedürfen auch in Zukunft der Unterstützung.

II. Für eine wirtschaftlich starke, moderne, kulturvolle und attraktive Stadt Magdeburg

1. Magdeburg soll als Zentrum für Forschung, Innovation, Maschinenbau und nachhaltige Energiewirtschaft ausgebaut werden.

Moderner Maschinenbau, die Entwicklung moderner Medizintechnik und Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien prägen das wirtschaftliche Profil der Stadt. Wir wollen, dass diese Unternehmensbereiche hier gute Entwicklungsbedingungen finden, bestehende Unternehmen gestärkt werden und neue sich ansiedeln können. Die Wirtschaftsförderung der Stadt ist darauf auszurichten.

Die Universität und andere wissenschaftliche Einrichtungen und Institute sind ein unverzichtbares innovatives Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Darum unterstützen wir die Beteiligung der Stadt an innovativen Unternehmen. Wir favorisieren eine stärkere Kooperation dieser Unternehmen untereinander sowie mit den Wissenschaftseinrichtungen unserer Stadt. In diesem Sinne wollen wir Unternehmen wie ZENIT, FEZM, die experimentelle Fabrik und den Wissenschaftshafen aufmerksam begleiten und unterstützen. So können wichtige Potenziale für die wirtschaftliche Zukunft Magdeburgs freigesetzt werden und die Anziehungskraft der Stadt als Ort für die Entwicklung innovativer Technologien kann sich über die Region hinaus entwickeln. Der hierzu bestehende Vertrag zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Universität ist weiter zu entwickeln und auszubauen.

Magdeburg ist in der Region nicht allein. Darum wollen wir die regionale Zusammenarbeit bei der Ansiedelung von Industrie und Schaffung gemeinsamer Gewerbeflächen unterstützen.

Weitere unterstützenswerte Wirtschaftsbereiche sind die Entwicklung der Hafengewirtschaft und der Kreislaufwirtschaft. Insbesondere Fragen der Verwertung nicht vermeidbarer Abfälle durch innovative Recyclingkonzepte bleiben eine wichtige Aufgabe im Interesse des Umweltschutzes.

Die Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg (GWM) muss sich in diesem Sinne als ein echtes Serviceunternehmen entwickeln, das als Dienstleister seine Leistungen insbesondere Klein- und mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern anbietet und so auch seine eigene Arbeit refinanziert. Zu den Aufgaben der GWM muss es gehören, über ein effizientes Flächenmanagement die vorhandenen Gewerbeflächen besser zu vermarkten und Lösungen für die entstandenen Industriebrachen zu finden. Der Stadthaushalt ist nach Auffassung der

LINKEN im Stadtrat schrittweise von den Ausgaben für Wirtschaftsförderung zu entlasten.

Mit seinen Pfunden muss man auch wuchern. Darum unterstützen wir die Entwicklung der Magdeburger Messe zu einer Messe mit überregionaler Ausstrahlung.

2. Für ein umweltfreundliches, mobiles und nachhaltiges Magdeburg.

- Die Stadtplanung als Komplex betrachten

Die Stadtentwicklung, darunter die Maßnahmen des Stadtumbaus Ost, ist künftig stärker unter dem Gesichtspunkt sozialer und kultureller Entwicklungen voranzubringen. Dabei ist die Bevölkerung besser einzubeziehen.

Großen Wert legen wir auf die Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Rothensee, Zone 1 und 4. Hier liegt trotz aller Probleme noch ein großes Potential.

Kleingärtnerisches Engagement soll stärker gewürdigt werden. DIE LINKE im Stadtrat von Magdeburg wird sich im Rahmen der Stadtplanung für die Beachtung der Belange des Kleingartenwesens einsetzen. Dabei wollen wir mit dem Kleingärtnerverband der Stadt Magdeburg zusammenarbeiten und nach neuen Wegen suchen, um diesen wichtigen Bestandteil der grünen Lunge der Stadt dem Bedarf entsprechend zu erhalten und auszubauen.

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat setzt sich für ein nachhaltiges Flächenmanagement in der Stadt ein und verfolgt das Ziel, für Bauvorhaben im Wohnungsbau, für Investitionen in Wirtschaft und Gewerbe sowie für die Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur grundsätzlich keine „jungfräulichen“ Flächen, z.B. keine landwirtschaftlichen Nutzflächen, in Anspruch zu nehmen. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und beim Verkauf von Grundstücken sollen stärker städteplanerische Elemente und weniger Vermarktungsaspekte in den Vordergrund der Überlegungen gestellt werden. Entsprechend ist mit Auflagen bzw. Investitionsverpflichtungen zu arbeiten. Handel und Gewerbe sollen durch stadtplanerische Maßnahmen auf gewollte Bereiche gelenkt werden. Einer weiteren Expansion großflächiger Handelseinrichtungen werden wir nicht zustimmen.

- Wohnen in Magdeburg für jung und alt attraktiver und bezahlbar gestalten

DIE LINKE im Stadtrat von Magdeburg steht für das kommunale, genossenschaftliche und private Wohnungseigentum. Eine Veräußerung des städtischen Wohneigentums lehnt sie ab. Bei der Sanierung von Wohnraum muss auch berücksichtigt werden, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Neben der Bereitstellung von Flächen für den Eigenheimbau setzt sich DIE LINKE im Stadtrat von Magdeburg aus sozialer und ökologischer Sicht für den Umbau des Zuschnittes und die Sanierung von Neubauten, der sogenannten Platte, sowie für die Gestaltung des Wohnumfeldes in den entsprechenden Wohngebieten ein. Besonders für Familien mit Kindern sind die durch den Stadtumbau frei werdenden Flächen preisgünstig zu übertragen.

Im Rahmen des Stadtumbaus Ost ist entsprechend der demografischen Entwicklung noch problembewusster auf alters- und behindertengerechtes Bauen und Familienfreundlichkeit zu achten. Auch jugendgemäßes Wohnen in unserer Stadt muss bezahlbar sein.

Ein in einigen Stadtgebieten notwendiger Rückbau schließt aus unserer Sicht nicht generell die Errichtung neuer stadtbild- und stadtteilprägender Quartiere an anderer Stelle aus. Interessierte und kompetente Ein- und Anwohner sowie Gewerbetreibende in diesen Bereichen sollen bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die bestehenden Quartiersvereinbarungen müssen umgesetzt und neue sollen abgeschlossen werden. Unmittelbar im Zentrum und an den innerstädtischen Magistralen ist auf Streusiedlungen im Wohnungsbau zu verzichten, um den typisch städtischen Charakter zu bewahren.

- Wer aktiv sein will, muss mobil sein können – für ein nachhaltiges Verkehrskonzept

Die LINKE im Stadtrat von Magdeburg hält nach wie vor an dem innerstädtischen Verkehrskonzept der Stadt Magdeburg von 1996 fest. Dabei setzt sie vor allem auf eine allgemeine Verkehrsberuhigung im Stadtzentrum und auf die qualitative und insbesondere auch barrierefreie Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Die Zielstellung besteht darin, weniger motorisierten Individualverkehr und weniger Straßengüterverkehr ins Stadtzentrum zu ziehen. Im Kreuzungsbereich Breiter Weg/Ernst-Reuter-Allee sollen durch eine intelligente Verkehrsführung Fußgänger und der ÖPNV Vorrang erhalten.

Einen extensiven Ausbau der städtischen Verkehrsinfrastruktur, der im Widerspruch zum innerstädtischen Verkehrskonzept steht, lehnen wir darum ab.

Dagegen sind wir für die Sicherung der Funktionstüchtigkeit und den Ausbau des Radwegenetzes über die Grenzen der Stadt hinaus. Das schließt die Entwicklung von Radfahrerserviceleistungen in der Stadt unbedingt ein.

Der Erhalt und die Entwicklung der Weißen Flotte sowie unserer Rad- und Wasserwandersysteme wird letztlich auch ein Beitrag zur weiteren Erschließung unserer touristischen Potenziale sein.

Im Zeitraum 2009 bis 2014 ist der Verlängerung der Strombrücke Priorität einzuräumen.

Die LINKE setzt sich nachhaltig für die Schaffung eines regionalen Verkehrsverbundes mit den umliegenden Landkreisen ein. Dazu ist das Angebot von P+R-Plätzen an der Peripherie zu verbessern sowie sicher zu stellen, dass die Parkausweise gleichzeitig zur Benutzung des ÖPNV berechtigen.

Zur Steigerung der touristischen Attraktivität unserer Stadt setzen wir uns für eine Erweiterung des Angebotes der Weißen Flotte sowie des Angebotes für Camptouristen ein.

Die LINKE fordert gegenüber der Landes- und Bundesregierung eine bessere Anbindung der Landeshauptstadt an die modernen ICE-Trassen.

- Im Interesse der Menschen, die hier leben, die Umwelt schützen

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für eine saubere und gesunde Umwelt ein. Die Neuversiegelung von Flächen muss zur Ausnahme werden. Grünanlagen sowie der städtische Baumbestand verdienen unseren besonderen Schutz.

Als Stadt an der Elbe muss es im Hochwasserschutz eine größere Verbindlichkeit geben. In den vom Hochwasser gefährdeten Bereichen der Stadt einschließlich denen, die von Rückstauwässern belastet werden könnten, soll nicht neu gebaut werden und dort, wo es möglich ist, müssen besiedelte Bereiche längerfristig aufgegeben werden. Zu einem modernen Hochwasserschutz gehört auch, die

Landschaften an der Alten Elbe zu renaturieren und ihre Aufnahmefähigkeit bei Hochwasser zu erhöhen. Einen Ausbau der Elbe lehnen wir auch künftig ab.

Klimaschutz ist ein wesentlicher Aspekt der Stadtentwicklung. Das erfordert klimaschonende und –schützende Stadtstrukturen und ihre Anpassung an topografische Gegebenheiten. Naturkreisläufe und Landschaft sollen geschont werden vor allem durch Verminderung des motorisierten Individualverkehrs und kompakte Stadt- und Siedlungsstrukturen.

Energieeinsparung ist ein bedeutendes Thema weit über die nächste Wahlperiode hinaus. Es wird eine der entscheidenden Zukunftsfragen sein, auch als Beitrag zum Klimaschutz. Wir setzen uns im Stadtrat von Magdeburg konsequent für das beschlossene Projekt „Modellstadt Erneuerbare Energien“ ein. Die fifty/fifty-Projekte zur Energieeinsparung in Schulen sind breiter zu propagieren und weiter zu fördern. Sie sind über den aktuellen Energiespareffekt hinaus auch ein Beispiel für die Entwicklung von umweltbewusstem Handeln der jungen Generation.

Ältere Gebäude müssen energetisch saniert werden, neue müssen den schärferen Anforderungen an Klimaschutz entsprechen. Das gilt für kommunale Gebäude ebenso wie für private. Solartechnik soll verstärkt auch auf städtischen Immobilien eingesetzt werden. Im gewerblichen wie privaten Gebäudebau soll auf höchste Anforderungen für Klimaschutz geachtet werden, weil es sich für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner langfristig auszahlt. Durch geeignete Fördermaßnahmen sind Anreize zu schaffen für die Herrichtung eines modellhaften Wohngebietes „Erneuerbare Energien“ sowie zur Anwendung von Energiesparsystemen

Bei allen Kita- und Schulsanierungsprogrammen, die von der Stadt genutzt werden, auch bei den sogenannten PPP-Projekten, ist der jetzt höchste Standard zu fordern, denn die Gebäude sollen nach der Sanierung mindestens noch 30 – 50 Jahre genutzt werden. Neue Förderprogramme der Bundesregierung sollen dafür in Anspruch genommen werden. Dafür sind wir bereit, den Eckwertebeschluss zum Haushalt, der für die Folgejahre keinerlei Kreditaufnahme vorsieht, einer Prüfung zu unterziehen.

DIE LINKE wird im Stadtrat von der Stadtverwaltung die Erstellung einer CO²-Bilanz der Stadt einfordern. Es soll offen gelegt werden, durch welche Maßnahmen und Methoden die geforderte Verringerung des Schadstoffausstoßes erreicht werden kann.

3. Für ein attraktives Kulturangebot für Magdeburg und seine Gäste.

Magdeburg hat in den vergangenen Jahren an Ausstrahlung gewonnen. Das kulturelle Leben ist reicher geworden, neue Institutionen und Veranstaltungsorte sind dazu gekommen. Mit wichtigen Veranstaltungen und Ausstellungen sowie Theaterprojekten hat Magdeburg überregional auf sich aufmerksam gemacht. Das kulturelle Leben der Stadt wird außerdem durch zahlreiche Vereine, Verbände und das Engagement freier Träger geprägt. Dies alles macht die Lebensqualität für die Einwohnerinnen und Einwohner Magdeburgs aus. Allerdings ist die Nutzung der vielfältigen kulturellen Angebote der Stadt auch davon abhängig, ob jede und jeder sie sich leisten kann. Darum setzt sich DIE LINKE für sozial verträgliche Gebühren und Eintrittspreise bzw. für entsprechende Vergünstigungen, z.B. durch den Magdeburg-Pass, ein. DIE LINKE setzt sich in Magdeburg auch unter den Bedingungen eines defizitären Stadthaushaltes für die Bewahrung und Entwicklung der Einrichtungen der Kultur ein und unterstützt das vielfältige soziokulturelle Leben.

Wir wollen, dass die Förderung und finanzielle Ausstattung für Vereine, Verbände und sonstige freie Träger, die für das vielgestaltige kulturelle Leben in der Stadt unverzichtbar sind, nach einem Mehrjahresplan erfolgt. Eine an diesen Interessen ausgerichtete Sozialraumplanung wird von uns befürwortet.

Wir wollen den Erhalt des Magdeburger Theaterangebotes mit allen Sparten sichern und seine Ausstrahlung über die Landesgrenzen hinaus ermöglichen.

Die freie Kulturszene und alternative Kulturprojekte sollen erhalten und die soziokulturellen Zentren gefördert werden. Wir werden Projekte wie die „Festung Mark“ auch künftig unterstützen. Die Kinderkulturtage sollen zu einem Kinderkulturfestival für Sachsen-Anhalt ausgebaut werden.

Die ehrenamtliche Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern soll stärkere öffentliche Anerkennung erfahren, um weiteres Engagement für kulturelle Einrichtungen zu fördern. Die vielfältigen Quellen des kulturellen Lebens unserer ausländischen Mitbürger sollen für die Bereicherung des Angebots der Stadt genutzt werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Künstlerinnen und Künstler in dieser Stadt immer bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen finden. Darum soll das Gebäude der ehemaligen Kunstgewerbeschule Brandenburger Straße z.B. für die Einrichtung von Ateliers genutzt und Ausstellungsbedingungen für zeitgenössische Kunst verbessert werden. Wir unterstützen auch die Bemühungen des Künstlerverbandes für eine Kunsthalle in Magdeburg. Durch gezielte Auftragsvergabe, z.B. für Stadtschreiber und Fotochronisten, sollen Künstlerinnen und Künstler der Stadt gefördert werden.

Das Telemann-Zentrum soll in eine Stiftung umgewandelt werden, die eng mit der Musikschule zusammenarbeitet.

Wichtig ist uns, die kulturelle Bildung der Einwohnerinnen und Einwohner Magdeburgs zu befördern. Darum unterstützen wir das Konservatorium, die Volkshochschule und die städtische Bibliothek in ihrer Arbeit.

4. Touristische Potentiale besser nutzen.

Magdeburgs touristische Attraktivität sollte weiter gestärkt werden.

Wir wollen Magdeburgs Museumslandschaft weiter ausbauen. Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass in Magdeburg große kulturgeschichtliche Ausstellungen mit überregionaler Ausstrahlung stattfinden und Jubiläen wie die zur 800-Jahrfeier des Domes würdig gestaltet werden können. Das Technikmuseum soll als Erlebnisraum erhalten und ausgebaut werden, die Sternwarte der Astronomischen Gesellschaft Magdeburg soll wieder eingerichtet werden und einen dauerhaften Standort erhalten. Das Schulmuseum soll erweitert und als feste Abteilung des Kulturhistorischen Museums, möglichst mit eigenen Räumlichkeiten, eingerichtet werden.

Magdeburg hat zahlreiche historische Denkmale zu bieten. Dazu gehören auch die baulichen Reste der Festungsmauern, wie des Kavaliers Scharnhorst, die gesichert werden müssen.

Wir favorisieren die Weiterentwicklung des Zoos und die Unterbringung der Zooschule sowie die Einrichtung eines Artenschutzentrums und die Zuordnung der Gruson'schen Gewächshäuser zum Zoo.

Das Schiffshebewerk Rothensee ist nicht nur eine touristische Attraktion, sondern auch ein wichtiges technisches Kulturdenkmal, das unbedingt betriebsfähig erhalten werden muss. DIE LINKE fordert dafür nicht nur das Engagement der Stadt, sondern auch des Landes und des Bundes ein.

Der Natur- und Elbauenpark ist uns ebenso wichtig wie das Erbe des Garten- und Landschaftsparkgestalters Lenné, der in Magdeburg zahlreiche Spuren hinterlassen hat, die es zu pflegen und zu erhalten gilt.

Magdeburgs Kultur- und Kunstangebote sind auch ein Anziehungspunkt für Menschen aus dem näheren Umland. Darum plädieren wir für einen Finanzausgleich zwischen der Landeshauptstadt und den Umlandgemeinden bzw. Umlandkreisen bei der Finanzierung der für alle wichtigen kulturellen und künstlerischen Angebote. DIE LINKE unterstützt das Vorhaben zu einem Kulturraumgesetz in Sachsen-Anhalt.

Im Rahmen der Erschließung weiterer touristischer Potenziale setzt sich DIE LINKE für eine stärkere Beteiligung Magdeburgs in überregionalen Angeboten, wie das „Blaue Band“, die „Straße der Romanik“, den Mittelalterpfad sowie den Ausbau der Wassertouristik ein.

5. Der Sport hat in Magdeburg ein Zuhause.

Magdeburg hat als Sportstadt und als Olympia- und Bundesstützpunkt einen Namen. Mit dem neuen Stadion, der Bördelandhalle, der sanierten Elbe-Schwimmhalle, dem sanierten Sportgymnasium und der Sportsekundarschule sind auch die Bedingungen für den Leistungssport besser geworden. Doch ohne Breite keine Spitze. Im Interesse einer gesunden Lebensweise treten wir für die Förderung des Vereinssportes, des Freizeitsportes, des Behinderten-, Gesundheits-, Rehabilitations- und Seniorensports nach unseren Kräften ein. Dazu zählt auch ein ausreichendes, flexibles und nutzerfreundliches Budget an Hallenzeiten. Ehrenamtliche Übungsleiter und Trainer müssen bessere Wirkungsbedingungen erhalten. Wir wollen, dass dieses Ehrenamt stärker ideell und materiell gewürdigt wird.

Die Sportentwicklungsplanung ist als Bestandteil der Stadtentwicklung ganzheitlich zu begreifen und regelmäßig fortzuschreiben.

Sport braucht Sportstätten. Wir werden auch in Zukunft beabsichtigte Schließungen von Sport- oder Schwimmhallen kritisch hinterfragen und wo möglich und nötig verhindern helfen. Zahlreiche Sportstätten sind noch zu sanieren, Bolzplätze bei Bedarf neu anzulegen. Wir dringen auf die Sicherung aller Schwimmhallenstandorte, auch der Schwimmhalle Nord. Die Schwimmhalle Diesdorf, die Schwerpunkthalle für den Schulschwimmsport ist, muss auf der Grundlage eines umsetzungsfähigen Konzeptes zügig saniert werden. Frei- und Strandbäder sollen auch künftig in kommunaler Trägerschaft bleiben und in ihrer Struktur erhalten werden, damit die Eintrittspreise moderat gestaltet werden können.

III. Magdeburg soll eine bürgerfreundliche, demokratische Stadt sein, in der Jede und Jeder willkommen ist

1. Mehr Mitsprache und Mitentscheidung auch in Haushaltsfragen sichern.

DIE LINKE Magdeburg bekennt sich zu den Forderungen eines gläsernen Rathauses. Wir wollen mehr „Direkte Demokratie“ und mehr gesellschaftliche Teilhabe der Einwohnerinnen und Einwohner an der Magdeburger Stadtpolitik ermöglichen. Wir orientieren uns dabei konsequent am Leitbild der Bürgerkommune. Wir wollen Entscheidungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Magdeburgs treffen. Das bedeutet, allen Menschen, die in der Stadt leben, mehr Mitsprache und Mitentscheidungsrechte einzuräumen. Dazu müssen die

kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse besser als zuvor für alle erkennbar und nachvollziehbar sein. Die Diskussion der Stadtverwaltung mit den Betroffenen muss auf gleicher Augenhöhe stattfinden.

DIE LINKE Fraktion im Magdeburger Stadtrat will sich künftig noch mehr als bisher mit Einwohnerinnen und Einwohnern zu Fragen der Stadtentwicklung beraten. Dafür nutzen wir zum Beispiel themenbezogene Veranstaltungen in den Wohngebieten, auf der auch Varianten diskutiert werden, oder Anhörungen bereits in der Planungsphase. Auch künftig werden sich die Stadträtinnen und Stadträte unserer Fraktion bei Vertretern von Berufs- und Interessensgruppen Rat holen, um Lösungen zu spezifischen Problemen zu finden.

Die Arbeitsgemeinschaften Gemeinwesenarbeit (GWA) müssen als unmittelbare Beteiligungsform der Menschen in den Wohngebieten für alle genannten Vorhaben einbezogen werden. Ihre Finanzausstattung muss verbessert werden.

Das ehrenamtliche Engagement vieler Einwohnerinnen und Einwohner darf nicht zu einem Rückzug der Kommunalpolitik aus ihrer sozialen Verantwortung führen. Wir wollen die Stadt nicht aus ihrer Verantwortung nehmen, sondern wir wollen sie in eine viel weiter reichende Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern stellen.

Notwendige Reformen in der Stadtverwaltung Magdeburg sollen sich zukünftig nicht nur an Effizienzkriterien orientieren, sondern vor allem auf verbesserte Teilhabechancen an Entscheidungsfindungen in unserer Stadt gerichtet werden.

DIE LINKE sieht in einem Bürgerhaushalt für Magdeburg eine Chance, den Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – die Haushaltspolitik – für die gesellschaftliche Teilhabe zu erschließen. Ohne die Rechte des Stadtrates einzuschränken, sollen die Bürgerinnen und Bürger stärker an der kommunalen Finanzplanung beteiligt werden.

2. Ohne Geld kann (sich) auch die Stadt nichts leisten – für eine nachhaltige und sozial ausgewogene städtische Finanzpolitik.

Die finanziellen Spielräume für gestaltende Kommunalpolitik sind eng und werden in den kommenden Jahren kaum größer werden. Der Magdeburger Finanzhaushalt wird, wie bei allen Kommunen, überwiegend von den Finanzausweisungen des Landes gespeist. Eigene Einnahmequellen durch Steuern und Gebühren sind durch die wirtschaftliche Situation und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit nicht ausreichend vorhanden. DIE LINKE wird dies bei der Umsetzung ihrer Ziele zu beachten haben. Nur ein verantwortungsbewusster Umgang mit den finanziellen Mitteln führt zur Sicherung der Aufgaben der Daseinsvorsorge. Darum ist es besonders wichtig, dass in Fragen der Finanzierung von Projekten Prioritäten gesetzt werden.

Wir setzen Prioritäten dort, wo es um soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabemöglichkeiten geht, wo es um die Entwicklung der wirtschaftlichen Anziehungskraft und die Lebensqualität, um die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Stadt geht.

DIE LINKE wird ihr Augenmerk darauf richten, dass die Auswirkungen der globalen Finanzkrise die finanziellen Spielräume der Stadt möglichst nicht beeinträchtigen.

Es geht aber auch darum, woher mehr Geld für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, besonders auch der sogenannten freiwilligen Aufgaben, kommen kann. DIE LINKE setzt sich für eine gesetzliche Veränderung der kommunalen Einnahmenbeschaffung ein, die an erster Stelle die Möglichkeiten der Erzielung von Einnahmen aus eigener Wirtschaftstätigkeit sowie aus Bundes- und

Landeszuweisungen zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge vorsieht. Der Grundgesetzsatz - Eigentum verpflichtet - darf nicht zum sozialen Ruin einer Stadt und ihrer Bürger führen.

Wir wollen erreichen, dass Gebühren für Wasser und Abwasser auf eine sozial zumutbare Höchstgrenze begrenzt werden. Wir wollen eine kostenneutrale Müllentsorgung auf der Grundlage verbrauchsabhängiger Berechnungen. Die LINKE wird sich für sozialverträgliche Gebühren und Eintrittspreise für kommunale Einrichtungen einsetzen. Bei der Ausarbeitung und Anwendung von Gebühren- und Beitragssatzungen sollen Betroffenen Mitwirkungs- und Kontrollrechte eingeräumt werden.

Bei der weiteren Übertragung von Aufgaben auf die kommunale Ebene ist gleichzeitig die Überlassung der notwendigen Finanzmittel strikt einzufordern.

Kommunales Eigentum ist wichtig für die Handlungsfähigkeit der Stadt. Wir wenden uns gegen den Verkauf von städtischen Betrieben und Unternehmen, auch nicht der Mehrheit ihrer Anteile.

Haushaltskonsolidierung darf nicht bei den notwendigen Leistungen für die Bürger beginnen. Wir fordern vom Land einen ausreichenden Finanzausgleich für die Kommunen zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

DIE LINKE hält nach wie vor einen Hauptstadtvertrag mit dem Land für unverzichtbar.

3. DIE LINKE für eine diskriminierungsfreie, tolerante, friedliebende und sichere Stadt.

Magdeburg ist eine weltoffene Stadt. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben hier nichts zu suchen. DIE LINKE gehört zu jenen Kräften, die konsequent gegen Rechtsextremismus auftreten. Die Mitglieder des Stadtrates und der Stadtverwaltung sind wie alle Einwohner unserer Stadt in den vergangenen Jahren durch Aufmärsche und die Geschichte verfälschende Rituale alter und junger Nazis herausgefordert worden. Wir stellen uns dem rechtsextremen Ungeist entgegen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Landeshauptstadt Magdeburg ihre Mitarbeit im Bündnis gegen Rechts fortsetzt und will solche Bündnisse in den Stadtteilen unterstützen. Der über ein Bundesprogramm geförderte lokale Aktionsplan gegen Rechtsextremismus muss konsequent umgesetzt und fortgeschrieben werden. Wir setzen uns dafür ein, alle demokratischen Kräfte für die Aufklärung der Bevölkerung, vor allem Kinder und Jugendlicher, über den heutigen Rechtsextremismus zu mobilisieren. Zivilcourage ist mehr denn je erforderlich. DIE LINKE macht sich dafür stark, potenzielle Opfergruppen rechter Gewalt und Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt wirksam zu unterstützen.

DIE LINKE unterstützt die Aktivitäten des Magdeburger Ausländerbeirates zum städtischen Integrationskonzept und zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes in Sachsen-Anhalt. Der Ausländerbeirat soll zu einem Integrationsbeirat entwickelt werden. So sollen Magdeburgerinnen und Magdeburger, vor allem jene mit Migrationshintergrund, noch stärker einbezogen werden.

Wir streiten dafür, in Magdeburg eine würdige Gedenkkultur zu pflegen. Wichtig ist uns die weitere Erforschung, der Erhalt und die Pflege der Gedenkorte für Opfer des Nationalsozialismus und des Arbeiterwiderstandes in der Landeshauptstadt sowie das regelmäßige Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg. Unsere Achtung gilt auch jenen Menschen, die in der DDR trotz drohender Repressionen für Demokratie und individuelle Freiheitsrechte mutig eingetreten sind.

Zur Kommunalpolitik gehört auch eine „Kultur des Friedens“. Die Stadt Magdeburg muss sich – in Erinnerung an bittere Erfahrungen aus der Geschichte – diesem Anspruch stellen. Initiativen wie die Magdeburger Friedenstafeln werden auch weiter unsere Unterstützung finden. DIE LINKE hat sich im Stadtrat dagegen ausgesprochen, dass ein Kriegsschiff den Namen der Stadt Magdeburg trägt. Wir halten es für falsch, dass Magdeburg Namenspatron für Kriegsgerät ist. Der Kriegsübungsplatz vor den Toren der Stadt in der Colbitz-Letzlinger Heide, auf dem auch für den Militäreinsatz in Afghanistan geübt wird, gehört abgeschafft.

Wir setzen uns dafür ein, Programme zur gewaltfreien Konfliktbewältigung an Schulen und im öffentlichen Raum zu entwickeln und umzusetzen.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit sollen Bürgerinnen und Bürger, Kirchen, Parteien, Justiz, Polizei und Verwaltungen zur Stärkung eines positiven Sozialklimas stärker zusammenarbeiten. Die immer stärkere Überwachung durch Videografierung an öffentlichen Plätzen halten wir für kein geeignetes Mittel, öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Wahrung der individuellen Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern zu sichern. Vielmehr brauchen wir die Weiterentwicklung des Stadtordnungsdienstes sowie die Ausgestaltung der Wirkungsfelder von Kontaktbeamten und Kontaktbeamtinnen.

Ebenso wichtig sind ein effektiver Brand- und Katastrophenschutz für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, sowie der Rettungsdienst und die Sicherung der Freiwilligen Feuerwehren.